

Waterlandes; auch wir streben, dessen Freiheit und Wohlfahrt nach Kräften zu fördern, wenngleich in anderer Richtung und Weise. Manche der Unsrigen haben die großen Schlachten der Freiheit geschlagen, Andere sich auf den Bahnen der Wissenschaft, des Rechts, des Staatsdienstes und des freien Bürgerlebens bewegt, und trauen uns ein Urtheil zu über das, was Noth thut. Wir buhlen nicht um die Gunst der Menge, sondern streben nach dem Beifall der Edlen im Volk. Weise Mäßigung ist die höchste Tugend in Zeiten großer politischer Stürme, und in diesem Sinne haben wir gehandelt, um das Vertrauen unserer Wähler zu rechtfertigen.

Wer das Recht der Krone bestreiten wollte, der konnte sein Urtheil über die Frage der Competenz bis zum 27. vertagen, wo ihm die unbestrittene gesetzliche Erörterung zusieht. Wir würden die Ehre und das Recht für gewahrt erachtet haben, wenn die Majorität bei abweichender Ansicht protestirt und sich selbst vertagt hätte. Nicht durch aufregende Selbsthülfe sehen wir das Wohl des Landes gefördert.

Wir leben der Ueberzeugung, daß die wahre Freiheit sich selbst und die rohe Gewalt ohne Blut besiegt, daß die große geistige Revolution ohne Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung am sichersten gelingt.

Wer das Vaterland aufrichtig liebt, denkt nicht an sich, und allen seinen Freunden empfehlen wir Eintracht und Treue zur Stunde der Gefahr.

Entbrennt die Zwietracht trotz unseren heißesten Wünschen, so stehen und fallen wir mit der constitutionellen Monarchie.

Danach ist unser Thun zu beurtheilen.

Gott erhalte den constitutionellen König und das theuere Vaterland!

Berlin am 14. November 1848.

Der gewählte Ausschuß der Rechten und
des rechten Centrums der National-Versammlung.

**Harkort. Baumstark. Ostermann.
Walter. Müller. Hesse.**

Berlin, 19 Novbr. (Ein bedeutungsvolles Schreiben.) Der gewählte Ausschuß der Rechten und des rechten Centrums der Nat. Vers. haben gestern das nachstehende Schreiben an das Staatsministerium gerichtet:

Hohes Staatsministerium! Die königl. Botschaft vom 8. d. M. hat die zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, unter Verlegung ihres Eides, bis zum 27. d. M. vertagt.

Während ein Theil der Nationalvertreter die Gesetzhaltigkeit der Vertagung bestreitet, blickt der andere Theil mit Sehnsucht dem Ausbrechen jenes Tages entgegen, — mit Sehnsucht, der sich die Hoffnung zugesellt, daß es ein Tag sein möge der Versöhnung, der Bewährung der Treue, der Aufopferung und der Hintansetzung jeder persönlichen Rücksicht im Angesichte des bedrängten Vaterlandes.

Diese Sehnsucht theilt das Land; sie zieht sich wie eine Brücke der Vermittelung über die gespaltenen, zerrissenen, von Furcht und Vagen bewegten Gemüther. Es klammern sich Vieler — und nicht der schlechtesten — Herzen an diesen Tag, als an den Tag der Entscheidung, — der naturgemäßen Entscheidung, — nicht der vorzeitigen Durchschneidung einer verhängnißvollen Crisis.

In diese Erwartung und Sehnsucht drängen sich dunkle Gerüchte. Man sagt sich, — und es schimmert durch mehrfache Druckartikel, die, wenn auch nicht offiziell, doch aus kundiger Feder zu kommen scheinen, — daß die Staatsregierung vor dem Ende der Vertagungsfrist die Auflösung der National-Versammlung und gleichzeitig den Erlass anderer auf das Verfassungswerk bezüglicher Verordnungen beabsichtige.

Wir wollen nicht über den Grund dieser Gerüchte und Befürchtungen ein Urtheil fällen, wir fühlen uns aber gedrungen, in unserem und in unserer politischen Freunde Namen den Wunsch auszusprechen, daß jene Befürchtung des Anlasses entbehre, oder, wenn ein solcher vorhanden sein möchte, dessen Beseitigung eintrete.

Es würde jene Maßregel das schon wankende Vertrauen zerstören, dessen die Staatsregierung bedarf, um Krone und Volk durch die eingetretenen Verwickelungen friedlich hindurch zu führen, — ein Vertrauen, welches das eigene Bewußtsein der Räte der Krone, nur das Gute zu wollen, — in keiner Weise zu ersetzen vermag; es droht jene Maßregel den Verlust der Sympathieen, welche in den Herzen der Preußen an der unter allen Umständen unveränderlichen Unverbrüchlichkeit gegebenen Zusagen haften, ein Verlust, der keine, auch nicht die reichste, dargebotene Gabe verschmerzen ließe; es würde endlich jene Maßregel schwer in Einklang zu bringen sein, mit den Beschlüssen der deutschen Reichsversammlung, mit welcher stets Hand in Hand zu gehn, wir uns bestreben, deren inniges und herzliches Einverständnis jetzt am wenigsten zu beheben ist.

Wer jetzt noch Vertrauen hat in den Sieg des Rechts